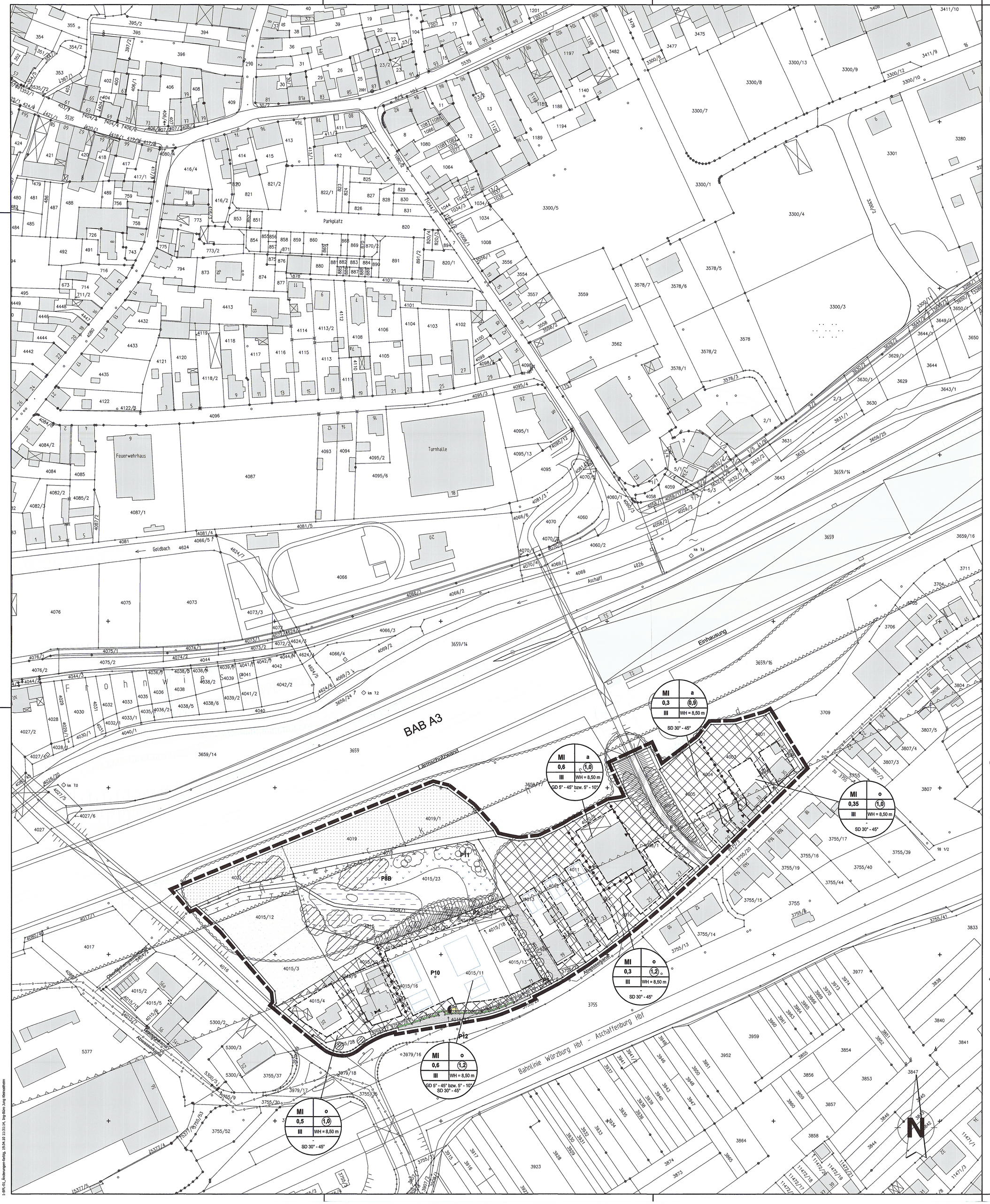


PLANZEICHENERKLÄRUNG

FESTSETZUNGEN nach § 9 BauGB - PLANZEICHEN nach PlanzV 90 - Sonstige Planzeichen

BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN:

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

MI — Mischgebiet nach § 6 BauNVO 1990

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

(1,2) — Geschossflächenzahl als Höchstmaß (siehe Eintrag in der Nutzungsschablone)

0,6 — Grundflächenzahl (siehe Eintrag in der Nutzungsschablone)

III — Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
Maximal 2 Vollgeschosse und 1 ausgebautes Dachgeschoss als Vollgeschoss.

WH = 8,50 m — Maximale Wandhöhe 8,50 m über Hinterkante Gehweg

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

o — Offene Bauweise

D — Nur Doppelhäuser zulässig

a — Abweichende Bauweise

Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN

Öffentliche Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
Zweckbestimmung:
F — Fußweg

Einfahrtbereich

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Wirtschaftsweg

Begrenzungslinie der Bauverbotszone nach § 9 FStrG
Der Mindestabstand baulicher Anlagen zum befestigten Fahrbahnrand der angrenzenden BAB A3 hat 40 m zu betragen.

Begrenzungslinie der Baubeschränkungszone nach § 9 FStrG
Bis zu einem Abstand von 100 m zum befestigten Fahrbahnrand der angrenzenden BAB A3 bedarf eine baurechtliche oder nach anderen Vorschriften erforderliche Genehmigung das Einverständnis der Straßenbaubehörde.

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN

Flächen für Versorgungsanlagen
Zweckbestimmung:
Elektrizität (geplante Trafostation)

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTWASSERLEITUNGEN

Oberirdisch

Unterirdisch (bestehende Abwasser-, Drainage- und Oberflächenwasserkanäle)

GRÜNFLÄCHEN

Öffentliche Grünfläche

Private Grünfläche

WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES

Wasserflächen/Graben

Überschwemmungsgrenze HQ100 gemäß Planfeststellung BAB

SONSTIGE PLANZEICHEN

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

Umgrenzung der für bauliche Nutzungen vorgesehenen Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (siehe Gutachten des Instituts für Angewandte Geologie und Umweltanalytik Dipl.-Geol. J. Brehm GmbH, in der Anlage der Begründung)

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Breite in m (Abstand der Baugrenze zur Straßenbegrenzungslinie etc.)

Zwingender Grenzanbau

ZEICHNERISCHE HINWEISE

Füllschema der Nutzungsschablone:

Baugebiet	Bauweise
Grundflächenzahl	Geschossflächenzahl
Zahl der Vollgeschosse	Wandhöhe
Dachform / Dachneigung - gewerbl. Gebäude u. Hallen	
Dachform / Dachneigung - Wohn- u. Bürogebäude	

Bestehende Grundstücksgrenzen

4025/4 — Flurstücksnummer

Bestehende Wohn-/Nebengebäude mit Bestandsschutz

Vorgeschlagene Grundstücksgrenzen

Vorgeschlagene Baukörper
(Die Abmessungen der Baukörper sind als Vorschlag dargestellt.)

Böschungen

P11 — Grundwassermessstellen

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN:

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Dächer der Hauptgebäude:

Gewerblich genutzte Gebäude und Hallen:
Dachform und Dachneigung:
Geneigte Dächer (GD) mit Dachneigung von 5° bis 45°.
Hallenbauten mit Spannweiten ab 15,00 m nur als flach geneigtes Dach 5° bis 10°.
Ausnahme bei betrieblich erforderlichen speziellen Dachformen wie z. B. Sheddach oder Schalenkonstruktion zulässig.
Dacheindeckung:
Alle Deckungsmaterialien in matten und gedeckten Farbtönen oder Dachbegrünung.
Der Farbton ist so zu wählen, dass sich die eingedeckten Baukörper bestmöglich in die Umgebung einfügen.
Glänzende und reflektierende Materialien sind unzulässig.

Wohn- und Bürogebäude:
Dachform: Satteldach (SD)
Dachneigung: 30° - 45° / 45° - 55° (im Bestand)
Dachaufbauten: Einzelgauben als Giebelgauben sind unter folgenden Voraussetzungen zulässig:
1. Dachneigung des Wohnhauses mindestens 35°.
2. Gaubenlänge insgesamt höchstens 1/3 der Traufläge.
3. Abstand von Ortgängen mindestens 1,50 m.
4. Schleppgauben, Gaubenbänder und Blindgauben sind unzulässig.
Quergiebel: Quergiebel werden unter folgenden Voraussetzungen zugelassen:
1. Dachneigung und Dachdeckung wie Hauptgebäude.
2. Firsthöhe muß 2 Ziegelreihen unter dem Hauptgebäude liegen.
3. Der Anbau darf max. 50 % der Gebäudelänge des Hauptgebäudes betragen.
Dachausbau: nach Art. 48 BayBO
Dachdeckung: Für die Dachdeckung wird rotes, braunes oder anthrazitfarbenes Material festgesetzt.

2. Garagen und Gemeinschaftsanlagen:
Die Garagen, Carports und Stellplätze sind gemäß der gemeindlichen Stellplatzsatzung zu errichten.
Die zulässigen Wandhöhen baulicher Anlagen werden auf die angrenzenden Erschließungsstraßen bezogen und an den zur Erschließung dienenden Gebäudeseiten wie folgt festgesetzt:
max. zulässige bergseitige Wandhöhe: WH = 3,00 m im Mittel über Hinterkante Gehweg
max. zulässige talseitige Wandhöhe: WH = 5,50 m im Mittel über Hinterkante Gehweg
Garagen bei gegenseitigem Grenzanbau sind mit gleicher Dachform, Dachneigung und Wandhöhe auszuführen.

3. Abstandsflächen:
In der offenen Bauweise wird die Abstandsfläche entsprechend Art. 6 Abs. 7 BayBO mit 0,4 H, jedoch mindestens 3 m, festgesetzt.
In der abweichenden Bauweise werden die Abstandsflächen durch den genehmigten Baubestand vorgegeben.
Diese Abstandsflächen gelten auch für die zugelassenen Aufstockungen und Dachanhebungen.
Weitere Verringerungen der Abstandsflächen durch energieeinsparende Maßnahmen sind ebenfalls zulässig.
Die Vorschriften des Art. 6 Abs. 4 bis 8 BayBO finden somit in den genannten Fällen keine Anwendung.

4. Doppel- und Reihenhäuser:
Für die einheitliche Gestaltung von Doppel- und Reihenhäusern ist der Bauantrag der jeweils ersten Doppelhaushälfte bzw. des ersten Reihenhauses maßgebend.
Für den Anbauenden ist die gleiche Dachneigung, Dachdeckung und Wandhöhe einzuhalten.

5. Einfriedungen:
Geplante Einfriedungen entlang der Verkehrsfläche sind bis 1,20 m allgemein zulässig.

6. Stützmauern:
Stützmauern sind bis 1,00 m allgemein zulässig.

7. Nicht überbaubare Grundstücksflächen:
Gemäß Art. 6 BayBO sollen die nicht überbaubaren Grundstücksflächen als Grünflächen oder gärtnerisch angelegt und unterhalten werden.

8. Nebenanlagen:
Nebenanlagen sind auch außerhalb der Baugrenzen entsprechend der BayBO zulässig.

9. Sicherstellung des 2. Rettungsweges:
Bei Sicherstellung des 2. Rettungsweges mittels Drehleiter sind zusätzlich Zufahrten mit Aufstellflächen für den Einsatz einer Drehleiter ggf. auch auf dem Grundstück sicherzustellen, andernfalls ist der 2. Rettungsweg im Einzelfall baulich sicher zu stellen.

10. Wasserrechtliche Festsetzungen in Bezug auf die Attesten der Fl.Nr. 4015/11 und zur Berücksichtigung des Wasser- und Bodenschutzrechts sowie des Gesundheitsschutzes:
Das auf den Dachflächen bzw. befestigten Flächen anfallende gesammelte Niederschlagswasser darf nicht im Deponiekörper versickern und zur Auswaschung von Schadstoffen führen.
Sämtliche Verkehrswege sind zur Minimierung der Versickerung von Niederschlagswasser vollständig zu versiegeln (z.B. durch Asphaltbelag). Verbund- und Ökopflaster darf nicht zur Ausführung kommen.
Zur Verhinderung von bevorzugten Fließwegen sind die Leitungsgräben, insbesondere solche, die aus der Ablatlagerung herausführen, im Übergangsbereich mit bindigem Bodenmaterial zu verfüllen.
Das auf den befestigten Flächen anfallende Niederschlagswasser ist vollständig zu sammeln und über geeignete Entwässerungseinrichtungen der gemeindlichen Kanalisation zuzuführen. Eine Versickerung, z.B. auch breitflächig über die Ränder der befestigten Flächen, ist nicht zulässig. Um auch bei Starkniederschlägen eine Versickerung im Ablatlagerungsbereich zu verhindern, ist die befestigte Fläche mit einer Aufkantung (z.B. Bordstein) gegenüber den unbefestigten Flächen abzugrenzen.
Soweit anfallendes unverschmutztes Dachflächenwasser unter Beachtung der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung abgeleitet werden soll, muss eine Ableitung aus dem Deponiekörper über dichte Leitungen unterstromig der Deponie gewährleistet sein.
Sämtliche Erd- und Tiefbaumaßnahmen (z.B. auch Verlegung von Kabeln und Entwässerungsleitungen) sind von einem Bodengutachter begleiten zu lassen. Anfallendes kontaminiertes Aushubmaterial ist einer geordneten Entsorgung zuzuführen.
Alle zu verlegenden Abwasserleitungen und Grundleitungen sind dicht auszuführen. Vor Inbetriebnahme der Leitungen ist die Dichtheit nachzuweisen. Auf die DIN EN 1610 (Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und Kanälen) wird hingewiesen.
Bei einer Bebauung des ehemaligen Deponiekörpers, müssen neben den erforderlichen speziellen Arbeitsschutzmaßnahmen beim Errichten der Gebäude zwangsbelüftete Gasdrainagen verlegt werden.
Auf die Anlage von Kleingärten, Nutzgärten und Grünflächen ist weitgehend zu verzichten.
Eine Nutzungseinschränkung für Obst und Gemüse im Bereich der Kleingärtnerei wird ausgesprochen.
Ansonsten ist die Bepflanzung so dicht zu gestalten, dass möglichst viel Niederschlagswasser von den Pflanzen aufgenommen und die Durchsickerung des ehemaligen Deponiekörpers minimiert wird.

11. Altlastenerkundung und Grundwassermessstellen:
Die im Bebauungsplan dargestellten Grundwassermessstellen P2, PBB und P11 sind zu erhalten und entsprechend den Vorgaben des Wasserwirtschaftsamts Aschaffenburg zu beproben und die Ergebnisse sind den entsprechenden Stellen zur Verfügung zu stellen.

12. Freihaltung des Überschwemmungsgebiets:
Sämtliche Flächen im Bereich des Überschwemmungsgebietes der Aschaff sind von jeglicher Bebauung freizuhalten. Es dürfen dort keinerlei Auffüllungen oder abflusshebindernde Einbauten (z.B. Einzäunungen usw.) errichtet werden. Die Lagerung von Stoffen, die bei Hochwasser abgeschwemmt werden oder zu einer Gewässerverunreinigung führen können, ist nicht erlaubt.

13. Unterkellerung auf dem Grundstück Fl.Nr. 4015/11 (ehemalige Deponie):
Unterkellerungen auf dem Grundstück Fl.Nr. 4015/11 (ehemalige Deponie) werden ausgeschlossen.

14. Abgrabungen und Aufschüttungen innerhalb der Bauverbotszone der BAB A3:
Abgrabungen und Aufschüttungen größeren Umfangs sowie das Errichten von Hochbauten gem. § 9 Abs. 1 FStrG dürfen nur außerhalb der 40 m - Bauverbotszone der BAB A3 durchgeführt werden.

15. Emissionen:
Es dürfen von dem Mischgebiet keine Emissionen ausgehen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB A3 beeinträchtigen können.
Bei der Ausweisung neuer Baugebiete an der BAB können keine Ansprüche aus Lärm- und anderen Emissionen gegenüber dem Straßenbauastträger geltend gemacht werden.

16. Entwässerungsanlage der BAB A3:
Oberflächen- und sonstiges Abwasser darf nicht der Entwässerungsanlage der BAB A3 zugeführt werden.

17. Passive Schallschutzmaßnahmen:
Bei Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte müssen passive Schallschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Für Aufenbautelle von Aufenthaltsräumen - mit Ausnahmen von Küchen, Bädern und Hausarbeitsräumen - sind unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Raumarten oder Raumnutzungen die in Tabelle 8 der DIN 4109 vom November 1989 für den nach der Schallpegelberechnung sich ergebenden Lärmpegelbereich III aufgeführten Anforderungen der Luftschalldämmung einzuhalten.
Die Schlafräume sollten möglichst schallabgewandt orientiert werden.
Dort wo dies nicht möglich ist, sind in die Schlafräume schallgedämmte Ventilatoren einzubauen.

18. Erschließung der Hinterliegergrundstücke auf den Fl.Nrn. 4011 - 4013:
Bei Inanspruchnahme des Baurechts für die Hinterliegerbebauung auf den Fl.Nrn. 4011 - 4013 darf die Erschließung nur und ausdrücklich über die Vorderliegergrundstücke mittels einer privaten und nicht öffentlichen Erschließung erfolgen und nur unter dem Vorbehalt der Eintragung eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes zu Lasten des Vorderliegergrundstückes ggf. unter Beseitigung störender baulicher Anlagen.
Eine anderweitige öffentliche Erschließung ist ausgeschlossen.

19. Kosten für die Durchführung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen:
Die Kosten für die Durchführung für alle Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen die nach § 9 Abs. 1a BauGB zugeordnet werden, sind von den Grundstückseigentümern dem Markt Goldbach zu erstatten.
Dies gilt auch für alle weiteren in Zukunft entstehenden heute noch nicht bekannten Kosten.

20. Immissionsschutzrechtliche Schutzmaßnahmen auf den Fl.Nrn. 4011, 4012 und 4013:
Immissionsschutzrechtliche Schutzmaßnahmen der Hinterliegerbebauung auf den Grundstücken Fl.Nrn. 4011, 4012 und 4013 haben die Bauherren bzw. Grundstückseigentümer selbst und auf eigene Kosten durchzuführen.

TEXTLICHE HINWEISE

1. Dieser Bebauungsplanaufstellung liegt die digitale Flurkarte des Vermessungsamtes Aschaffenburg vom Juli 2003 zu Grunde.

2. Gegen eventuell stellen- und zeitweise zu erwartende Hangdruck- und Schichtenwasseraustritte sind bei den betreffenden Bauvorhaben entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

3. Nutzung von Dachflächenwasser:
Es wird empfohlen, das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser in Zisternen zu speichern und mindestens zur Grünflächenbewässerung - ggf. auch als Brauchwasser - einzusetzen.
Auf die Förderrichtlinien des Markt Goldbach, sowie auf die Anzeigepflicht von Regenwassernutzungsanlagen und die Nutzung von Dachablaufwasser beim Landratsamt Aschaffenburg wird hingewiesen.

4. Schalltechnischer Orientierungswert nach DIN 18005, Teil 1, Beiblatt 1 vom Mai 1987:
Mischgebiete tags 60 dB
nachts 50 dB bzw. 45 dB
Bei zwei angegebenen Nachtwerten soll der niedrigere für Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Geräusche von vergleichbaren öffentlichen Betrieben gelten.

5. Bodendenkmäler:
Auftretende Bodenfunde sind nach Art. 8 Abs. 1 des Bayer. Denkmalschutzgesetzes dem Bayer. Landesamt für Denkmalschutz unverzüglich mitzuteilen.
Gemäß Art. 8 Abs. 2 sind die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort unverändert zu belassen.

6. Planfeststellungsverfahren zum sechsstreiffigen Ausbau der BAB A3:
Die Festsetzungen in der Planfeststellung zum sechsstreiffigen Ausbau der BAB A3 sind zu beachten.

GRÜNORDNUNGSPLAN -GOP-

GRÜNORDNUNGSPLANERISCHE FESTSETZUNGEN

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

Landwirtschaftliche Fläche

Private Grünfläche mit besonderen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Öffentliche Grünfläche mit besonderen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung, Anlage und Entwicklung von extensiv gepflegten Feucht- und Nasswiesen mit Tümpeln und Wasserlöchern

Extensive Wiesenfläche, offen halten durch jährliche Mahd

Sukzessionsfläche zur langfristigen Entwicklung von standortgerechten Gehölzgruppen und Krautbeständen.
Randbereiche offen halten durch sporadische Mahd

Bestehende und zu erhaltende Bäume/Gehölzgruppen

Pflanzgebot für standortgerechte Baum- und Strauchgruppen

Pflanzgebot für heimische, hochstämmige Laubbäume

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Flächen mit besonderen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Die dargestellten Flächen in der Umgebung des Grabens dienen der Entwicklung des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes, der Eingrünung der gewerblichen Bauflächen und dem naturschutzrechtlichen Ausgleich für die Eingriffe durch die Erweiterung des Baugebietes. Dazu sind die bereits vorhandenen Gehölzbestände zu pflegen und zu ergänzen, Feuchte- und Nasswiesen zu entwickeln bzw. in ihrem Bestand zu sichern sowie Kleingewässer anzulegen. Weiterhin sollen extensiv genutzte Wiesenflächen angelegt und Sukzessionsflächen geschaffen werden. Die Randbereiche sind abschnittsweise, die Böschung entlang der Neubaugrundstücke dicht mit heimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.
Im Bereich der Privatgrundstücke ist südlich des Grabens ein 5 m breiter Streifen entsprechend zu entwickeln.

Die Artenauswahl für die Neuanpflanzung von Gehölzen erfolgt nach der unter Nr. 4 abgedruckten Gehölzliste.
Pflanzdichte für Sträucher: 1 St./m². Pflanzware mind. 80 - 100 cm Höhe.
Der Anteil der Bäume an der Gesamtmenge der Gehölze soll 10 % betragen, davon die Hälfte als Hochstämme, Stammumfang mind. 16 - 18 cm.

2. Pflanzgebot für Straßenbäume

An der Westseite des Wirtschaftsweges sind hochstämmige Straßenbäume anzupflanzen. Die Standorte sind in der Zeichnung dargestellt.

Pflanzware: Hochstämme, Stammumfang mind. 16 - 18 cm, Arten nach der unter Nr. 4 abgedruckten Gehölzliste

3. Fassadenbegrünung

Zur besseren Einfügung in die Umgebung sind bei gewerblichen Gebäuden mit einer Wandhöhe von über 6,0 m mindestens 25 % der Wandfläche mit Kletterpflanzen zu begrünen, Artenauswahl gem. der unter Nr. 4 abgedruckten Gehölzliste.

4. Gehölzliste

Bäume:
Feldahorn (Acer campestre), Spitzahorn (Acer platanoides), Schwarzerle (Alnus glutinosa), Birke (Betula verrucosa), Hainbuche (Carpinus betulus), Esche (Fraxius excelsior), Vogelkirsche (Prunus avium), Traubeneiche (Quercus petraea), Silberweide (Salix alba), Eberesche (Sorbus aucuparia), Winterlinde (Tilia cordata)

Sträucher:
Hartriegel (Cornus sanguinea), Hasel (Corylus avellana), Pfaffenhütchen (Euonymus europaeus), Liguster (Ligustrum vulgare), Heckenkirsche (Lonicera xylosteum), Schlehdorn (Prunus spinosa), Salweide (Salix caprea), Schwarzer Holunder (Sambucus nigra), Bibernell-Rose (Rosa pimpinellifolia), Heckenrose (Rosa canina), Krkschrose (Rosa arvensis), Wolliger Schneeball (Viburnum lantana), Wasserschneeball (Viburnum opulus)
Nicht heimische Ziersträucher nur in Gebäudenähe

Kletterpflanzen (für Wandbegrünung):
Efeu (Hedera helix), Wilder Wein (Parthenocissus quinquefolia), Geißblatt (Lonicera caprifolium), Waldrebe (Clematis), Rosa i.S. (Kletterrosen)

Der Marktgemeinderat hat in der Sitzung vom 11.09.2009 die Änderung des Bebauungsplans nach § 13 a BauGB beschlossen. Der Änderungsbeschluss wurde am 24.09.2009 ortsüblich bekannt gemacht.

Zu dem Entwurf der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 14.01.2010 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 05.03.2010 bis 06.04.2010 beteiligt.

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 14.01.2010 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 05.03.2010 bis 06.04.2010 öffentlich ausgelegt.

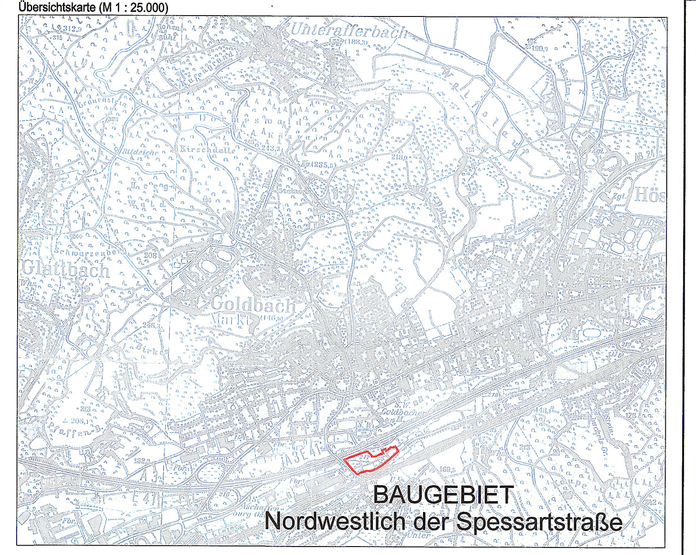
Der Markt Goldbach hat mit Beschluss des Marktgemeinderats vom 16.04.2010 die Änderung des Bebauungsplans gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 19.04.2010 als Satzung beschlossen.

Goldbach, den 20. APR. 2010 (Siegel)
(Thomas Köhler, 1. Bürgermeister)

Der Satzungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans wurde am 22.04.2010 gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.
Der Änderung des Bebauungsplans ist damit in Kraft getreten.

Goldbach, den 23. APR. 2010 (Siegel)
(Thomas Köhler, 1. Bürgermeister)

Übersichtskarte (M 1 : 25.000)



b			
a			
Änderungen / Ergänzungen	geänd.am	Name	appr.am	Name
	Plan-Nr.:	1-BPL-01	
Markt Goldbach Landkreis Aschaffenburg	Projekt-Nr.:	11-052-01	
	Rechtskräftige Fassung, 4. Ausfertigung		
	Fassung vom:	19.04.2010	
Maßstab:		M / J	Name
	entw.:	01/10	Scheding
1:1.000	gez.:	01/10	Scheding
	gepr.:	04/10	

1. Änderung des Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan "Nordwestlich der Spessartstraße"

Der Entwurfsverfasser: Ingenieurbüro Jung GmbH, Josef-Popp-Straße 23 - 63801 Kleinostheim - Tel. 0 60 27 / 4470-0

TRÖLENBERG + VOGT, LANDSCHAFTSARCHITEKTEN, Mönchwiesen 9, 63739 Aschaffenburg, Telefon 0 60 21 / 21 21 39, Fax 21 60 76, e-mail: troelenberg_vogt@online.de

Zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2000

ALLE RECHTE VORBEHALTEN! Diese Zeichnung einschliesslich ihres geistigen Inhaltes ist unser Eigentum und darf ohne unsere schriftliche Zustimmung weder kopiert noch vervielfältigt noch in der vorliegenden oder einer nicht eigenschöpferisch abgewandelten Form im Rahmen dieses oder eines anderen Objektes verwendet werden.